

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 5. Sitzung

Dienstag, 18. Oktober 2016, 19.30 Uhr, im Kunsthaus am Amman-Hofer-Platz

Vorsitz: Heidi Beutler, SVP

Stimmzählende: Michel Paul, FDP
Hänggi Sandra, Grüne

Weiter anwesend	SVP Staehelin Bernhard Zumkehr Jürg Meyes Schürch Antonie Roth Andreas Nyffeler Adrian Bozic Marko Sahli Marc Alain Handschin Daniel	SP Aulbach Annerös Simmler Dorothea Schenk Esther Vogt Peter Simmler Florian Liechti Anja Lobsiger Verena Rougy Dimitri-Philippe	FDP Betschart Christoph Beutler Georges Künzli Beat Boss Pia Rico Edith	Grüne Weinekötter Bernhard Kupfer Fritz	Gemeinderat Graf Urs Burkhard Hans-Rudolf Ritschard Philippe Stör Sabina Boss Kaspar Christ Franz
				EDU&EVP Bühler David Balmer Ulrich Schütz Lorenz	Jugendparlament Fuchs Nils Martinelli Valentina
Abwesend		Reimann Maria			Gemeinderat Michel Peter
Protokoll					Goetschi Philipp

Traktanden

38. Protokoll
39. Budget 2017
40. Sanierung der Höhebrücke, Ausführungskredit
41. Interlaken-Grundbuchblatt Nr. 1273, Parkplatz Neugasse, Entwidmung, Verkauf und Dienstbarkeit für öffentliche Parkplätze in der Überbauung Bleikimatte
42. Siedlungskonzept Einkaufszentren
43. Überbauungsordnung Nr. 13 Mittlers Moos West, Änderung des Überbauungsplans und der Überbauungsvorschriften
44. Anschluss an die Schulsozialarbeit Matten-Unterseen, Verpflichtungskredit
45. Motion Schenk, Kinderspielplätze, Beantwortung
46. Motion Kupfer, Pflanzung von Bäumen und Sträuchern, Begründung
47. Schlussbericht über die Erfüllung der strategischen Ziele des Gemeinderats für die Legislatur 2012 bis 2016
48. Orientierungen/Verschiedenes

38 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden) **Protokoll**

Verena Lobsiger habe bemerkt, dass die Porta AG die Höhebrücke günstiger offeriert habe als die Beau-Rivage-Brücke offeriert worden sei. Sie möchte deshalb, dass die Porta AG die Beau-Rivage-Brücke auch noch offerieren könne und dies nachträglich im Protokoll ergänzt werde. Auf Nachfrage von Ratspräsidentin Heidi Beutler bestätigt Verena Lobsiger, dass ihr das erst nachträglich in den Sinn gekommen sei, dass sie es in der letzten Sitzung nicht erwähnt habe und dass das vorliegende Protokoll korrekt sei.

Ratspräsidentin Heidi Beutler teilt Verena Lobsiger mit, dass eine nachträgliche Ergänzung eines Protokoll mit in der Sitzung nicht gemachten Äusserungen nicht möglich sei.

Beschluss:

Das Protokoll der 4. Sitzung vom Dienstag, 16. August 2016, wird einstimmig genehmigt.

39 F3.08.17 Budget 2017
Budget 2017

Die Geschäftsprüfungskommission stimmt dem Budget 2017 zu.

Gemeinderat Philippe Ritschard erläutert das Wichtigste zum Budget 2017, das umfassend in schriftlicher Form vorliegt, noch mündlich.

Bernhard Staehelin verdankt für die SVP das sauber präsentierte Budget mit den ausführlichen Budgetbegründungen. Er begrüsse insbesondere die Ausführungen auf Seite 7 zu den Budgetrichtlinien betreffend Investitionsraten. Um die Ziele des Gemeinderats zu erreichen, brauche es die Mithilfe des Grossen Gemeinderats.

Lorenz Schütz schliesst sich dem Dank für die EDU&EVP an. Er begrüsse die gleichbleibende Steueranlage und die vorsichtige Budgetierung bei den juristischen Personen. Das Budgetdefizit 2017 sei verkräftbar und der Abbau der Nettoverschuldung sei erfreulich. Darin sei weiterzufahren.

Edith Rico unterstützt das Budget 2017 für die FDP.

Bernhard Weinekötter unterstützt das erfreuliche Budget für die SP und die Grünen ebenfalls. Die neue HRM2-Darstellung sei transparenter und dank der Nähe zur Privatwirtschaft für ihn einfacher verständlich. Die Verschuldungssituation mache ihn nicht nervös. Die Finanzkennzahlen zeigten auf, dass die Situation in Interlaken nicht kritisch sei. Investitionen sollten getätigt werden, um nicht den zukünftigen Generationen Nachholbedarf zu vererben. Er möchte wissen, was der letzte Punkt der Budgetrichtlinien des Gemeinderats bezüglich Des Alpes-Areal bedeute.

Gemeinderat Philippe Ritschard antwortet, im Zeitpunkt der Budgetierung seien Ideen im Raum gestanden, die ins Budget eingeflossen seien. Bis heute sei jedoch nichts beschlussreif, weshalb er sich nicht weiter äussern könne.

Verena Lobsiger stimmt dem Budget ebenfalls zu. Auch zu den natürlichen Personen müsse Sorge getragen werden. Es brauche auch diese Steuerzahlenden, nicht nur die juristischen Personen. Sorge tragen bedeute auch Rücksichtnahme ausserhalb rein finanzieller Überlegungen.

Jürg Zumkehr möchte zum HRM2 wissen, wie gross der Einführungsaufwand in der Gemeinde gewesen sei und ob HRM2 mittelfristig zu einer Ressourceneinsparung im Finanzbereich führe.

Gemeinderat Philippe Ritschard bestätigt, dass der Aufwand gross gewesen sei und es laufend Neuerungen durch den Kanton gegeben habe und noch weiter gebe. Genau beziffern lasse sich der Aufwand nicht. Dank dem Einsatz der gesamten Finanzabteilung habe die vom Gemeinderat bewilligte befristete Stellenaufstockung für 2015 und 2016 nicht beansprucht werden müssen. Stelleneinsparungen seien durch HRM2 nicht zu erwarten.

Beschluss:

1. Das Budget 2017 mit einem Gesamtaufwandüberschuss von CHF 480'524.00 wird genehmigt.

	Aufwand		Ertrag	
Gesamthaushalt	CHF	35'966'720.00	CHF	35'486'196.00
Aufwandüberschuss			CHF	480'524.00

Allgemeiner Haushalt	CHF	29'756.190.00	CHF	29'338'296.00
Aufwandüberschuss			CHF	417'894.00
SF Abwasser	CHF	4'589'600.00	CHF	4'416'000.00
Aufwandüberschuss			CHF	173'600.00
SF Abfall	CHF	1'123'700.00	CHF	1'123'900.00
Ertragsüberschuss	CHF	200.00		
SF Liegenschaften FV	CHF	497'230.00	CHF	608'000.00
Ertragsüberschuss	CHF	110'770.00		

2. Für das Jahr 2017 werden festgesetzt:
 - die Steueranlage unverändert auf das 1,77-fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze,
 - die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts.
3. Das Geschäft untersteht dem obligatorischen Referendum.

(einstimmig)

40 S4.4.32 Marktgasse/Marktplatz
S4.3 Einzelne Brücken und Stege, Unter- und Überführungen
Sanierung der Höhebrücke, Ausführungskredit

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen zum Geschäft.

Gemeinderat Kaspar Boss verweist auf die Ausführungen zum Traktandum Marktgasse in der letzten Sitzung und auf den technischen Bericht in den Sitzungsunterlagen. Anders als bei der Erneuerung und Umgestaltung der Marktgasse handle es sich bei der Höhebrücke nicht um ein Agglomerationsprojekt der Phase 2, weshalb Bund und Kanton die Sanierung nicht mit Beiträgen unterstützen würden. Die Kosten der Brückensanierung beliefen sich mit einer Kostengenauigkeit von +/- 15 Prozent auf rund eine halbe Million Franken, die je zur Hälfte durch die Gemeinden Interlaken und Unterseen getragen würden. Die Sanierung sei unabhängig von der Erneuerung der Marktgasse nötig. Er hoffe jedoch, dass die Marktgasse und die Höhebrücke zeitgleich realisiert werden könnten.

Eintreten wird nicht bestritten.

Pia Boss erkundigt sich, welche Verzögerung in Anbetracht des Referendums Marktgasse vertretbar sei und was geschehe, wenn die Unterseener Entscheide nicht gleich lauten würden wie in Interlaken.

Gemeinderat Kaspar Boss bestätigt, dass die Sanierung der Brücke zeitgleich mit Unterseen erfolgen müsse. Alles andere sei nicht sinnvoll. Es sei nicht möglich, dass eine der Gemeinden nur ihre Hälfte sanieren würde. Eine Verschiebung der Brückensanierung um nicht mehr als zwei Jahren sei machbar, bei längerem Zuwarten müssten grössere Unterhaltsarbeiten eingeschoben werden.

Verena Lobsiger möchte, dass die Porta AG auch bei der Beau-Rivage-Brücke offerieren könne.

Gemeinderat Kaspar Boss erwidert, bei der Beau-Rivage-Brücke habe eine Submission stattgefunden, die zugunsten der Mätzener&Wyss AG ausgefallen sei. Diese Firma verlege zudem bald den Sitz nach Interlaken.

David Bühler unterstützt das Projekt nach dem Marktgasse-Entscheid in der letzten Sitzung. Es sei auch richtig, gegenüber der Gemeinde Unterseen ein positives Zeichen zu setzen.

Dorothea Simmler stimmt dem Projekt für die SP und die Grünen zu, umso mehr nur der Oberbau saniert werden müsse. Die Brücke bilde Bestandteil des Bödeliwegs, der in den nächsten Jahren von Matten bis Unterseen neu gestaltet werden könne. Es sei wichtig, dass die Brücke und die Marktgasse gleichzeitig saniert werden könnten. Die Brücke sei bei Touristinnen und Touristen ein beliebtes Fotosujet.

Marc Alain Sahli teilt mit, dass auch die SVP zustimmen werde.

Pia Boss schliesst sich für die FDP der Zustimmung an. Sie bittet alles daran zu setzen, dass die Brücke und die Marktgasse gleichzeitig realisiert werden könnten, auch um die Verkehrsbehinderungen möglichst kurz zu halten.

Beschluss:

Für die Sanierung der Höhebrücke wird ein Verpflichtungskredit von CHF 260'000.00 bewilligt.

(einstimmig)

**41 L3.08.1273 Interlaken-Grundbuchblatt Nr. 1273, Parkplatz Neugasse
B1.8.2.22 Überbauungsordnung Nr. 22 Bleikimatte**
Interlaken-Grundbuchblatt Nr. 1273, Parkplatz Neugasse, Entwidmung, Verkauf und Dienstbarkeit für öffentliche Parkplätze in der Überbauung Bleikimatte

GPK-Präsident Andreas Roth weist darauf hin, dass sich der Grosse Gemeinderat nach der Entwidmung nicht mehr mit dem Verkauf der Parzelle befassen müsse. Dieser liege in der abschliessenden Zuständigkeit des Gemeinderats.

Gemeindepräsident Urs Graf bemerkt, die Olus AG mit Sitz in Stans plane zusammen mit andern Grundeigentümern eine Überbauung auf dem Bleikimatteareal zwischen Neugasse, Postgasse und Blumenstrasse, in die auch die Parzelle Interlaken-Grundbuchblatt Nr. 1273 der Einwohnergemeinde Interlaken einbezogen werden soll. Auf dieser Parzelle des Verwaltungsvermögens betreibe die Gemeinde heute einen gebührenpflichtigen Parkplatz mit über zehn Parkfeldern. Die Gemeinde wolle sich selber nicht an der Überbauung beteiligen. Aus städtebaulicher Sicht sei der Einbezug der Parzelle zur Arrondierung des Perimeters der Überbauung sinnvoll. Die Olus AG möchte die Parzelle zum Preis von 1'200 Franken pro Quadratmeter von der Gemeinde kaufen. Damit die Parzelle verkauft werden könne, müsse sie entwidmet werden. Da die Parzelle heute einen Buchwert Null habe, bildet der gesamte Verkaufserlös von 454'800 Franken einen Buchgewinn. Die Überbauungsordnung Nr. 22 Bleikimatte sehe die Erstellung von 14 öffentlichen, bewirtschafteten Parkplätzen im Perimeter der Überbauungsordnung vor. Davon sollen vier entlang der Neugasse angeordnet werden und zehn oberirdisch innerhalb der Überbauung. Der Gemeinderat möchte die Fläche der vier Parkplätze entlang der Neugasse in eigener Zuständigkeit zu ebenfalls 1'200 Franken pro Quadratmeter zu Eigentum erwerben, was Kosten von 88'800 Franken verursache. Die zehn andern Parkplätze möchte die Gemeinde mittels einer Dienstbarkeit zur Bewirtschaftung übernehmen. Die Erstellung aller 14 Parkplätze sei Sache der Olus AG. Für die Dienstbarkeit sei eine einmalige Entschädigung von 240'000 Franken an die Olus AG vorgesehen. Da der Dienstbarkeitsvertrag erst im Entwurf vorliege, sollte der Gemeinderat zum Vertragsabschluss ermächtigt werden. Die Überbauungsordnung Nr. 22 Bleikimatte werde dem Grossen Gemeinderat zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Das Vertragskonstrukt sei nachhaltig.

Eintreten wird nicht bestritten.

Lorenz Schütz erachtet die Arrondierung des Areals der Überbauung mit der Gemeindeparzelle als sinnvoll.

Christoph Betschart kann die Ausführungen des Gemeinderats nachvollziehen. Die Gemeinde könne mit der Parzelle Nr. 1273 nichts selber ausführen, aber eine sinnvolle Lösung verhindern. Deshalb sei es richtig, die Parzelle in die Überbauung einbeziehen zu lassen. Die FDP stimme dem Geschäft zu.

Verena Lobsiger kann ebenfalls zustimmen, würde aber eine Abgabe im Baurecht begrüßen.

Esther Schenk begrüsst den Bau von Wohnungen für neue Steuerzahlende. Schade sei, dass es kaum grössere Wohnungen für Familien gebe. Die SP stimme dem Antrag zu.

Gemeindepräsident Urs Graf bestätigt, dass eine Abgabe im Baurecht für die öffentliche Hand häufig sinnvoll sei. Die Parzellengrenzen würden hier jedoch gegen ein Baurecht sprechen. In der Herreney werde es grössere Wohnungen geben und auch auf dem Zeughausareal. Für Familien seien diese zwei Standorte besser als die Bleikimatte. Da insgesamt Parkplätze wegfallen würden, werde sich die Verkehrsbelastung nicht erhöhen.

Beschluss:

1. Die Parzelle Interlaken-Grundbuchblatt Nr. 1273 wird auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Überbauungsordnung Nr. 22 Bleikimatte entwidmet.
2. Für die pauschale Entschädigung der Dienstbarkeit öffentliche Parkplätze wird ein Verpflichtungskredit von CHF 240'000.00 bewilligt. Der Gemeinderat wird ermächtigt, einen Dienstbarkeitsvertrag auf dieser Basis abzuschliessen.

(einstimmig)

42 B1.4.2 Baureglement, Zonenplan Siedlungskonzept Einkaufszentren

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Gemeinderat Kaspar Boss hält fest, dass die Gemeinde bei der Ortsplanungsrevision 2008 auf den Erlass eines behördenverbindlichen Konzepts Einkaufszentren verzichtet habe, dieses nun aber im Zusammenhang mit der beantragten Änderung der Überbauungsvorschriften zur Überbauungsordnung Nr. 13 Mittlers Moos West benötigt werde. Es handle sich um eine Pflichtübung und der Umfang des Konzepts sei grösser als seine Bedeutung. Mit wenigen kleinen Anpassungen beinhalte das Konzept eine Abbildung des Ist-Zustands.

Das Eintreten ist unbestritten.

Georges Beutler unterstützt das Konzept für die FDP. Das Konzept sei doch recht komplex, gebe es auf dem Bödli zurzeit doch elf Einkaufszentren, die unter diesen Begriff fielen. Das Lädelisten sei eine Tatsache, die nicht mit Konzepten verhindert werden könnten. Zentren siedelten sich dort an, wo sie erfolgreich sein können.

Ueli Balmer bestätigt, dass Interlaken und das Bödli mit der Verteilung der Einkaufszentren und deren Erschliessung auf gutem Weg seien.

Beschluss:

Das Siedlungskonzept Einkaufszentren wird beschlossen.

(einstimmig)

43 B1.8.2.13 Überbauungsordnung Nr. 13 Mittlers Moos West
Überbauungsordnung Nr. 13 Mittlers Moos West, Änderung des Überbauungsplans und der Überbauungsvorschriften

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt die Änderung.

Gemeinderat Kaspar Boss verweist auf den Erläuterungsbericht. Gegen die vorgesehenen Änderungen seien keine Einsprachen eingegangen. Die Änderung sei nötig, weil ohne Änderung leere Räumlichkeiten bestehen blieben. Mit der Änderung könnten einige neue Arbeitsplätze geschaffen werden, auch wenn das weniger sei, als ursprünglich einmal erhofft gewesen sei.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Bernhard Staehelin kann sich den Ausführungen weitgehend anschliessen. Er erkundigt sich nach den Möglichkeiten einer Planungsmehrwertabschöpfung.

Gemeinderat Kaspar Boss antwortet, Abschöpfungen seien nur bei Wohnzonen und nur bei Umzönungen möglich. Beides treffe hier nicht zu.

Verena Lobsiger erkundigt sich nach der Zone, da sie Lärm befürchte. Sie würde es begrüssen, wenn der Begriff Industriezone gestrichen würde.

Gemeinderat Kaspar Boss bestätigt, dass es sich um eine Arbeitszone handle.

Beschluss:

1. Die Änderung des Überbauungsplans und der Überbauungsvorschriften zur Überbauungsordnung Nr. 13 Mittlers Moos West wird beschlossen.
2. Sie untersteht dem fakultativen Referendum.

(28:1 Stimmen)

44 F5.04.07 Schulsozialarbeit (Sozialpolitik)
S2.3.4 Schularzt, Schulzahnpflege, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit
Anschluss an die Schulsozialarbeit Matten-Unterseen, Verpflichtungskredit

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Gemeinderat Franz Christ führt aus, die vom Gemeinderat 2014 gewünschten Abklärungen zu einer Regionalisierung der Schulsozialarbeit hätten ergeben, dass einzig ein Anschluss der Schulsozialarbeit Interlaken an die im Sitzgemeindemodell bestehende Schulsozialarbeit Matten-Unterseen möglich sei. Die Sitzgemeinde Matten bei Interlaken stehe einem Anschluss positiv gegenüber. Gemäss Angebot der Gemeinde Matten bei Interlaken beliefen sich die jährlichen Kosten für die Gemeinde Interlaken auf brutto 91'500 Franken pro Jahr. Das neue regionale Konzept weise schlanke Strukturen aus. An die Personalkosten zahle der Kanton zehn Prozent. Zudem könne die Gemeinde Interlaken die Nettokosten aufgrund der Schülerzahlen anteilmässig an die Gemeinden weiterverrechnen, deren Schülerinnen und Schüler in Interlaken unterrichtet würden. Die Nettokosten der Gemeinde dürften damit unter den 80'000 Franken liegen, die vom Grossen Gemeinderat 2014 bewilligt worden seien. Da die Bruttokosten jedoch höher seien, sei ein neuer Kreditbeschluss auf der Basis der Bruttokosten nötig. Er rechne für den Alleingang der Gemeinde Interlaken für das Jahr 2016 mit Kosten von etwa 76'000 Franken. Die Vorteile einer regionalen Lösung lägen insbesondere in der Sicherstellung der Stellvertretung, in der Unterstützung durch die Leitung Schulsozialarbeit und im regelmässigen Erfahrungsaustausch unter den Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit. Zurzeit würden auch Verhandlungen zwischen Matten bei Interlaken und Bönigen stattfinden.

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Lorenz Schütz geht es um die Frage, welche Lösung das bessere Kosten-/Nutzenverhältnis bringe. Dieses sehe er bei der regionalen Lösung, weshalb er die Regionalisierung für die EDU&EVP unterstütze. Er möchte wissen, ob eine Abwesenheit einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters nicht zulasten einer andern Gemeinde gehe.

Franz Christ antwortet, da das Personal vorhanden sei, sei eine kurzfristige Stellvertretung besser zu organisieren als im Alleingang. Die Schulsozialarbeiterinnen und –arbeiter könnten je in mehreren Gemeinden tätig zu sein.

Antonie Meyes Schürch erinnert an frühere Diskussionen im Rat zur Schulsozialarbeit und an die Entstehungsgeschichte. Der Alleingang in den beiden letzten Jahren habe Vor- und Nachteile gehabt. Ihr würden detailliertere Unterlagen zur neuen Struktur fehlen. Sie verlange eine schlanke Struktur, die es ermögliche, dass die Mitarbeitenden ihre Zeit zugunsten der Schülerschaft und der Lehrerschaft und nicht für Administration, Koordination und Coaching einsetzen könnten. Wäre eine Befristung des Vertrags auf fünf Jahre möglich? Sie wünsche, dass der Gemeinderat diesen Punkten bei der Vertragsgestaltung die nötige Beachtung schenke.

Beat Künzli erinnert ebenfalls an die früheren Verhandlungen im Parlament. Für die FDP, die 2014 gegen den Kredit gewesen sei, habe sich nichts Wesentliches verändert. Die FDP lehne den Kredit für die Regionalisierung ab und behalte sich vor das Referendum zu ergreifen.

Gemeinderat Franz Christ geht davon aus, dass die neue regionale Lösung die vorgelegten Mehrkosten rechtfertige.

Annerös Aulbach erachtet die Schulsozialarbeit als gutes, wichtiges und richtiges Instrument. Der vorgeschlagene regionale Weg sei richtig und die Gemeinde könne von zusätzlichem Nutzen profitieren. Kurzfristige Absenzen seien gut zu überbrücken. Sie unterstütze den Antrag des Gemeinderats für die SP und die Grünen.

Verena Lobsiger möchte wissen, wie viel die Schülerinnen und Schüler von der Schulsozialarbeit profitieren würden und welche Sprachen eine Schulsozialarbeiterin sprechen müsse.

Gemeinderat Franz Christ antwortet, das gehe von kleineren Zwickigkeiten im Klassenrahmen, die rasch angesprochen werden könnten, bis zu grösseren Problemen der Schülerinnen und Schüler. Amtssprache sei Deutsch. Wenn es andere Sprachen brauche, könne das organisiert werden.

Marc Alain Sahli hat Verständnis für das FDP-Votum, bittet aber dem Geschäft zuzustimmen.

Dorothea Simmler bestätigt, dass gerade der grosse Ausländeranteil an der Schule die Schulsozialarbeit rechtfertige. Die Mehrkosten auf dieser frühen Ebene würden mithelfen, wesentlich höhere Kosten in einer späteren Phase zu verhindern.

Beschluss:

1. Für den Anschluss der Gemeinde Interlaken an die Schulsozialarbeit Matten-Unterseen wird ein Verpflichtungskredit von CHF 915'000.00 bewilligt, der in jährlichen Tranchen von CHF 91'500.00 ins Budget der Erfolgsrechnung aufgenommen wird.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, mit der Sitzgemeinde Matten bei Interlaken spätestens auf den 1. Januar 2018 einen Anschlussvertrag an die Schulsozialarbeit Matten-Unterseen abzuschliessen.

3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

(22:7 Stimmen)

45 L3.04.2 Spielplätze (öffentliche Anlagen)
Motion Schenk, Kinderspielplätze, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission äussert sich nicht.

Gemeinderat Kaspar Boss erinnert daran, dass der Kinderspielplatz Mittengraben bereits erneuert worden sei. Die Motion sei diesbezüglich erfüllt. Eine flächenmässige Vergrösserung des Kinderspielplatzes auf der Höhematte dürfte aufgrund der Zonenvorschriften schwierig sein, eine Vergrösserung bezüglich Spielgeräte könne aber geprüft werden. Einen neuen Kinderspielplatz im Westquartier habe der Gemeinderat in der Investitionsplanung für das Jahr 2018 vorgesehen. Die Motion könne erheblich erklärt werden.

Motionärin Esther Schenk dankt dem Gemeinderat für seinen positiven Antrag. Der Kinderspielplatz Mittengraben sei gelungen. Der Spielplatz West sei dringend nötig. Sie möchte wissen, warum beim Spielplatz Mittengraben keine Fallschutzmatten gelegt worden seien.

Beat Künzli antwortet, dass der Kies nach BfU-Richtlinien den Fallschutzplatten gleichgestellt und zudem kostengünstiger sei.

Bernhard Staehelin glaubt, die Motion sei nicht wörtlich umzusetzen, weshalb es für ihn fraglich sei, ob sie erheblich erklärt werden könne. Im Grundsatz sei er mit der Stossrichtung der Motion jedoch einverstanden. Er empfehle eine Umwandlung in ein Postulat.

Für *Gemeinderat Kaspar Boss* lässt der Motionstext eine Erfüllung im Sinne der Ausführungen im gemeinderätlichen Bericht und Antrag zu, weshalb der Gemeinderat die Erheblicherklärung beantrage. Der Spielplatz West werde wohl nicht am früheren Standort realisiert werden.

David Bühler unterstützt die Motion für die EDU&EVP. In 13 GGR-Jahren sei der Spielplatz West immer wieder ein Thema gewesen. Das Spielgeräteangebot auf dem Spielplatz Höhematte sollte auch aus touristischen Gründen ausgedehnt werden.

Verena Lobsiger möchte die Schulsozialarbeiterin in das Projekt einbeziehen.

Jürg Zumkehr begrüsst das Votum Bühler zum Spielplatz Höhematte. Die SVP wollte diesen Spielplatz schon vor den Wahlen verschönern. Er sei erstaunt, dass der Werkhof nun so kurz vor dem Winter Unterhaltsarbeiten vorgenommen habe.

Für *Gemeinderat Kaspar Boss* brauche eine Gesamtsicht vor einer Erneuerung des Kinderspielplatzes Höhematte, die sich nicht auf Unterhaltsmassnahmen beschränken könne.

Beschluss:

Die Motion Schenk, Kinderspielplätze, wird erheblich erklärt.

(28:1 Stimmen)

46 B1.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen, Bau- und Planungsrecht generell
Motion Kupfer, Pflanzung von Bäumen und Sträuchern, Begründung

Fritz Kupfer möchte etwas für die Natur tun. Es gehe ihm darum, dass einheimische Bäume gepflanzt würden. Mit ausländischen Bäumen werde keine Natur in den Ort geholt, weil einheimische Tiere bei ausländischen Bäumen nicht die adäquate Nahrung finden würden. Es gebe auch einheimische Bäume, die langsam wachsen würden. Eingeführte Pflanzen könnten auch zu Problemen führen, wenn sie verwildern. wie beispielsweise die Buddleja oder der Knöterich. Er möchte keine Risiken mit fremden Bäumen, sondern nur noch einheimische Pflanzen im öffentlichen Raum.

47 B3.02.1 Allgemeine Akten Gemeinderat
Schlussbericht über die Erfüllung der strategischen Ziele des Gemeinderats für die Legislatur 2012 bis 2016

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf eine Stellungnahme.

Der Gemeinderat hat seinen Schlussbericht über die Erreichung der strategischen Ziele 2012 bis 2016 schriftlich abgegeben.

Ueli Balmer dankt für den Bericht mit umfassenden Ausführungen.

Auch *Christoph Betschart* dankt für den ausführlichen Bericht. Für die neuen Ziele erinnert er an die hängige Motion zur Erschliessung der Gemeinde.

Verena Lobsiger erinnert an ihren persönlichen Wahlkampf. Aus den Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern habe sich ergeben, dass das Verkehrskonzept verbessert und die Märkte örtlich ausgedehnt werden sollten. Auch der Lärm sei ein Thema in den Diskussionen gewesen.

48 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)
Orientierungen/Verschiedenes

Neuer parlamentarischer Vorstoss

Anfrage Weinekötter, illegale Taxiunternehmen

Bernhard Weinekötter fragt, wie in Interlaken gegen illegale Taxiunternehmen vorgegangen werde.

Wortmeldungen aus dem Rat

Dorothea Simmler dankt allen, die sich für das Dorffest 2016 eingesetzt hätten. Bedauerlich sei, dass nur wenig Geld durch Lose und Plaketten eingenommen werden konnten.

Schluss der Sitzung: 22.10 Uhr

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Stimmzählenden